



Lobbying

Wissenschaftler sind noch rar im Experten-Register

Brüssel Die EU-Kommission hat ein Lobby-Register eingerichtet, das für mehr Durchblick im Dschungel der Experten sorgen soll. Transparenz ist das oberste Gebot des Verhaltenskodex, den alle im Verzeichnis erfassten Lobbyisten anerkennen müssen. Unternehmen, Verbände und Wissenschaftsvertreter reagieren zögerlich: Nur etwa 2600 Einträge sind bis jetzt im Register. Viele Hochschulen wissen gar nicht, welche ihrer Forscher im Brüsseler Register stehen. Der Lüneburger Professor Anthonis Georgiadis erläutert, was er sich von seinem Eintrag erwartet. **kontakte Seite 10**

tipp der redaktion

Klein, aber fein

Wer sich auf der Internet-Plattform der EU-Kommission verirrt, der kann jetzt auf die Seiten ausweichen, die das EU-Büro des Bundesforschungsministeriums zur bildungspolitischen Zusammenarbeit erstellt hat. Dieses Portal birgt zwar deutlich weniger Informationen, aber sie sind dort erheblich leichter zu finden. Manchmal ist weniger einfach mehr.

→ Internet: www.eu-bildungspolitik.de

themen

agenda

Entspannen: Warum Führungskräfte ihren Sinn für Humor ruhig öfter zum Einsatz bringen sollten. **Seite 3**

hochschule

Aufbauen: Wie die Uni Regensburg zusammen mit Studierenden Brücken nach Osteuropa schlägt. **Seite 6**

forschung

Fördern: Wie die Fachhochschulen den EU-Forschungsraum nach und nach auch für sich erschließen. **Seite 7**

kontakte

Helfen: Was Professoren und Wissenschaftler im weltweiten Einsatz für die Bildung alles tun können. **Seite 8**

brennpunkt

Wählen: Nach dem Urnengang in Ungarn hoffen die Universitäten auf mehr Geld und eigene Forschungsfonds. **Seite 26**



Überstunden sind bei Ihnen die Regel? Machen Sie Schluss damit! Warum, erfahren Sie in der Langzeitstudie Whitehall II. Danach haben die, die täglich mehr als drei bis vier Überstunden leisteten, ein bis zu 60 Prozent höheres Risiko für eine Herzkrankheit. Also auf, ins Freie!

Foto: fotolia

→ Internet: www.ucl.ac.uk/whitehallIII/

6. Juli

Kontaktbörse: Speeddating für Forscher und Unternehmer

Turin Auf ungewöhnliche Art können sich Forscher und Unternehmer aus Europa am 6. Juli in Turin begegnen. Das Enterprise Europe Network veranstaltet im italienischen Turin ein Speeddating. Dabei sollen Firmen und Forschungseinrichtungen schnell und unkompliziert Partner für Kooperationen und den Technologietransfer finden. Termine kann man vorher vereinbaren.

→ Internet: <https://www.esof2010.org/speeddating/>

6. bis 8. Juli

Tagung: Netzwerktechnologien und ihr Marktpotenzial

Heidelberg Um die neuesten Forschungsergebnisse zu Netzwerktechnologien und deren Marktpotenzial geht es bei der 8. Internationalen Netzwerkkonferenz (INC 2010) in Heidelberg. Vom 6. bis 8. Juli kommen dazu führende Vertreter aus Forschung und Industrie zusammen. Die Teilnahme kostet 400 Euro.

→ Internet: www.inc2010.org

1. bis 3. September

Konferenz: Technik für ein besseres Wissensmanagement

Belfast Modellierungen von Wissensmanagement und künstlicher Intelligenz sind Thema der 4. Internationalen Konferenz Knowledge Science, Engineering and Management (KSEM). Vom 1. bis 3. September tauschen sich darüber in Belfast Forscher, Praktiker und Entwickler aus, die in den entsprechenden Forschungsgebieten tätig sind.

→ Internet: www.ksem.info/Conferences/KSEM2010**Experten tüfteln am Gütesiegel****Auf dem Weg zum weltweiten Ranking-TÜV wird im Herbst ein Meilenstein erreicht**

Berlin Ihr Einfluss ist enorm. Hochschulrankings, die den Auftritt und die Qualität von Hochschulangeboten bewerten und die Einrichtungen entsprechend listen, sind nachgefragt wie nie. Wissenschaftsmanager, Politiker, Arbeitgeber und auch Studenten greifen auf sie zurück. Sie beeinflussen Studienentscheidungen ebenso wie hochschulpolitische Entwicklungen. Doch können die Rankings tatsächlich das halten, was sie versprechen?

Mit dieser Frage befassen sich Vertreter von Rankingorganisationen sowie Experten der Qualitätssicherung und wissenschaftlicher Exzellenz an Hochschulen von 6. bis 8. Oktober bei der 5. Konferenz der International Ranking Expert Group (IREG). Mit Vertretern aus Wissenschaft und Politik debattieren sie über das

stark wachsende Angebot an Rankings und deren Aussagekraft und Folgen. Das Thema ist nicht neu. In Berlin aber soll ein Meilenstein erreicht werden. Geplant ist, ein Qualitätslabel "IREG recognized" auf den Weg zu bringen. Außerdem wird es um Rankings in den Geisteswissenschaften gehen und Ranglisten von Hochschulen in Afrika und Lateinamerika. Die Konferenz organisiert das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) und findet in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften statt. Die Teilnahme kostet für Frühbucher bis zum 15. Juni 290 Euro, danach 400 Euro. Die IREG ist ein internationaler Zusammenschluss von Ranking-Forschern und Organisationen, die Rankings durchführen. mh

→ Internet: www.ireg-observatory.org**Beiträge gesucht****Internationale Messlatte: Hochschulen stellen Qualitätssicherung auf den Prüfstand**

Lyon Für Hochschulmanager gehört Qualitätssicherung zum Handwerk. Längst sind entsprechende Instrumente und Prozesse in den Institutionen oder den zuständigen Agenturen verankert. Aber entsprechen sie auch den europäischen und nationalen Anforderungen – und inwieweit fördern sie den Aufbau eines Qualitätsrahmens für europäische Einrichtungen? Mit diesen Fragen befasst sich vom 18. bis 20. November unter dem Motto "Brücken bauen" das 5. European Quality Assurance Forum (EQAF). Bis zum 26. Juli haben Experten die Möglichkeit, dazu Beiträge einzureichen.

Die Konferenz wird von der European University Association (EUA) in Kooperation mit anderen EU-Hochschulorganisationen einmal im Jahr veranstaltet und richtet sich an Hochschulrektoren, -präsidenten und ihre Stellvertreter ebenso wie an Forscher und Beschäftigte im

Bereich Qualitätssicherung von Hochschuleinrichtungen und Agenturen. Gastgeber ist dieses Jahr die Universität Claude Bernard Lyon 1 im



Foto: Basilio/Wikimedia

Brücke von Lyon. Das Forum in Frankreich soll Europas Hochschulwelt verbinden

französischen Lyon. Wer die Tagung im nächsten Jahr ausrichten möchte, kann sich bereits bewerben: Die Ausschreibungsfrist endet am 17. September. mh

→ Internet: www.eua.be/eua-work-and-policy-area/quality-assurance/qa-forum/



Kurt Buchinger ist emeritierter Professor für Organisationsberatung an der Universität Kassel, Psychoanalytiker und Organisationsberater. Er lebt in Wien.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

Führungsstile

"In jeder Kultur tut es gut, gemeinsam zu lachen"

Humor ist zwar kein Allheilmittel für das Management. Er kann aber helfen, angespannte Situationen zu lockern und eingetretene Wege zu verlassen, sagt der Organisationsexperte Kurt Buchinger.

duz: Herr Buchinger, kennen Sie einen Witz aus der Hochschulwelt?

Buchinger: Treffen sich zwei Professoren vor der Universität und beobachten, wie vor dem Hauptgebäude eine schwarze Flagge gehisst wird. Sagt der eine: "Wissen Sie, wer gestorben ist?" Sagt der andere: "Mir ist jeder recht."

duz: Sieht es so schlimm aus in der Hochschulwelt?

Buchinger: Hochschulen sind oft Horte der Konkurrenz, Hochschulgremien eine Art Verhinderungsgremien. Gerne sind alle miteinander verstritten. Die Wissenschaftler weisen den forschenden Kollegen nach, dass diese fachlich auch nicht besser da stehen als sie selbst. Die außerhalb des Forschungsbetriebes stehenden Wissenschaftsmanager werden von ihnen von vornherein kaum ernst genommen. In so einer Lage kann man Humor gut gebrauchen.

duz: Ein guter Scherz – und die Situation ist gerettet?

Buchinger: So einfach ist das natürlich nicht. Humor ist viel mehr als ein guter Witz zur rechten Zeit. Es geht dabei nicht primär um den Inhalt, sondern um eine bestimmte Art des Kommunizierens.

duz: Das heißt?

Buchinger: Humor ist eine Lebenshaltung, eine Form, sich ganz auf eine Situation einzulassen, sich störenden Faktoren zuzuwenden – und sich zu sich selbst und den offensichtlichen Hindernissen in Distanz zu setzen. Und zwar jenseits von Zynismus oder Sarkasmus. Humor ist eine Art, die Dinge liebevoll auf die Schippe zu nehmen. Man könnte fast sagen, es ist eine Ausdrucksform der Liebe.

duz: Ein hehrer Anspruch. Wie kann man das im Management umsetzen?

Buchinger: Ein Beispiel: Hält sich ein Teilnehmer in einer Konferenz etwa nicht an die Regel, kurze Fragen zu stellen, und monologisiert, lasse ich ihn trotzdem ausreden. Ich unterbreche ihn nicht und weise ihn nicht vor den anderen zu recht. Damit würde ich ihn abwerten und seinen Widerstand provozieren. Stattdessen wende mich ihm aufmerksam zu, bedanke mich dann lächelnd für die "kurze Frage", scherzhaft, aber nicht zynisch, sondern respektvoll. Auf diese Weise lässt sich ein allgemeines Klima der Akzeptanz schaffen, das offenes, über eingetretene Wege hinausgehendes Denken ermöglicht.

duz: Kann sich nur der Chef Humor leisten oder auch jemand, der in der Hierarchie weiter unten steht?

Buchinger: Jeder kann humorvoll agieren. Humor ist ja kein Wettbewerb, sondern eine Möglichkeit, sich beim Lösen von Problemen einzubringen.

duz: Ist Humor kulturspezifisch?

Buchinger: Humor im Sinne des liebenden Akzeptierens gibt es in jeder Kultur der Welt. Er tritt allerdings in ganz unterschiedlichen Formen auf. Denken Sie etwa an das trockene Understatement der Briten. Damit muss man als Deutscher erst einmal warm werden – bevor man herzlich darüber lachen kann.

duz: Dann wird Humor außerhalb der eigenen Kultur schnell missverstanden?

Buchinger: Ja, bei internationalen Konferenzen oder Vorträgen im Ausland sollte man daher tatsächlich eher sparsam mit Scherzen umgehen. Hält man sich aber länger in einer anderen Kultur auf, lohnt es, sich über den regionalen Humor aufklären zu lassen und zu sehen, wie man ihn adaptieren kann. In jeder Kultur tut es gut, gemeinsam zu lachen.

→ E-Mail: kurtbuch@uni-kassel.de

Die Fragen stellte Marion Hartig

Ausschreibungen aus Europa

Luftfahrt

Umweltfreundliche Flugzeuge

Brüssel. Um die Entwicklung von Flugzeugen, die weniger Kohlendioxid ausstoßen, und andere bahnbrechende Fortschritte im Luftfahrzeugbau geht es bei der Initiative "Clean Sky", die je zur Hälfte von der EU und der Industrie getragen wird. Firmen und Forschungseinrichtungen können sich einzeln oder im Verbund um anwendungsorientierte Projekte bewerben. Für die laufende Ausschreibung können bis 20. Juli Anträge eingereicht werden.

→ Internet: http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.CooperationDetailsCallPage&call_id=308

→ Email: Kai-Michael.Lochte@dlr.de

Zusammenarbeit

Geld für internationale Workshops

Brüssel Wissenschaftler aller Fachbereiche, die EU-Projekte planen, können sich von der Nichtregierungsorganisation European Cooperation in Science and Technology (COST) fördern lassen. Bis zu vier Jahre unterstützt COST die Organisation von Workshops, Konferenzen und Publikationen. Das Angebot gilt dauerhaft. Nächster Antragstermin ist der 24. September.

→ Internet: www.cost.esf.org/participate/open_call

Konferenz ausrichten

Spitzenforschung präsentieren

Strasbourg Die European Science Foundation (ESF) lädt Wissenschaftler ein, in ihren jeweiligen Fachbereichen für 2012 eine Konferenz zu planen. Die Zusammenkünfte sollen Spitzenforschung unter anderem in den Bereichen Umweltwissenschaften, Biophysik oder Sozialwissenschaften präsentieren. Bis zum 15. September kann man Konzepte einreichen.

→ Internet: www.esf.org/activities/esf-conferences/call-for-proposals.html

Finanzminister brauchen gerade im Sparfieber Zuspruch. Wie wäre es mit dem, den Kölner Wirtschaftsforscher Ende Mai in einer Studie aufführen? Darin ist von 164 Milliarden Euro zusätzlicher Einnahmen bis 2050 die Rede, wenn Migranten besser ausgebildet werden. Auf geht's!

→ Internet: www.iwkoeln.de

Experten sammeln derzeit Dutzende von Indikatoren, die zeigen, wie international Hochschulen eigentlich sind. Für einen Praxistest ab November werden noch Hochschulen gesucht.

Profilbildung

Hochschulmanager können mit Werkzeugen prüfen, wie weltoffen ihre Uni ist

Gütersloh Internationalisierung ist für die meisten Hochschulen eines der wichtigsten Ziele. Wer sich dem verweigert, wird schnell als provinziell gebrandmarkt. Doch was das konkret heißt, darüber herrschen hierzulande unterschiedliche Meinungen.

Einen internationalen Ansatz wählt das Forschungsprojekt „Indicators for Mapping and Profiling Internationalisation“ (IMPI). Es erarbeitet seit dem Sommer vergangenen Jahres ein Indikatorenset, mit dem Hochschulen in Form eines Werkzeugkastens den Grad der Internationalisierung messen können. Auf 400 000 Euro beläuft sich das Budget. 300 000 Euro kommen aus den Fördertöpfen der EU-Kommission, den Rest steuern die sechs Projektpartner bei.

An dem Projekt beteiligen sich mehrere europäische Partner: die Academic Cooperation Association (ACA) in Brüssel, die nationale französische Agentur für Internationalisierung Campus France, die Netherlands Universities Foundation for International Cooperation (Nuffic), Norwegens Zentrum für Hochschul-Internationalisierung SIU, der polnische Bildungsförderer Perspektywy und das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh.

Für das bis Mitte 2012 laufende Vorhaben hätten die IMPI-Beteiligten bewusst einen anderen Ansatz als sonst üblich gewählt, sagt Projektleiter Uwe Brandenburg von CHE Consult: „Um Internationalisierung

zu beschreiben, wollen wir nicht schauen, welche Daten vorhanden sind, sondern wir wollen zusammen mit ausländischen Partnern definieren, was eigentlich Internationalisierung ausmacht. Erst dann suchen wir nach geeigneten Indikatoren.“

648 solcher Kennzahlen haben die IMPI-Partner bislang definiert, für Forschung und Lehre, aber auch für das gesamtgesellschaftliche Engagement, das eine Hochschule für sich in Anspruch nimmt. Das seien nicht zu viele Indikatoren, meint Brandenburg. Er rechnet bis zum Projektende mit etwa 600

.....
„Wir wollen definieren, was Internationalisierung ausmacht.“

Kennziffern. „Universitäten und Fachhochschulen sind verschieden groß und haben ganz unterschiedliche Sichtweisen auf Internationalisierung.“

Zum Beispiel: Will die Hochschule ihre Lehre internationalisieren? Will sie mehr ausländische Top-Wissenschaftler anwerben? Strebt sie mehr internationale Kooperationen an? Oder will sie mehr EU-Gelder einsammeln? Um diese Fragen zu beantworten, reichen Daten des Statistischen

Was eine Hochschule international macht



Bundesamtes etwa über den Anteil von ausländischen Studierenden und Professoren oder über EU-Forschungsgelder nicht aus. Das IMPI-Projekt hat deshalb etwa für den Bereich Forschung rund 80 Indikatoren zusammengetragen. Darunter: Wie viele deutsche Forscher können internationale Erfahrungen nachweisen? Wie hoch ist das finanzielle Volumen von Forschungsprojekten mit Partnern im Ausland? Auf wie vielen internationalen Fachkonferenzen haben Nachwuchswissenschaftler Vorträge präsentiert?

Unterscheiden will sich IMPI damit von ähnlichen Forschungsvorhaben wie etwa dem im Februar beendeten Projekt „Internationalität an deutschen Hochschulen – Konzeption und Erhebung von Profildaten“ (duzMAGAZIN 11/2008, S. 27). Die Hochschulrektorenkonferenz, der Deutsche Akademische Austauschdienst und die Alexander von Humboldt-Stiftung hatten dazu Daten gesammelt und analysiert, um die Internationalität von Hochschulen zu bewerten. Ein Ergebnis: nur sechs Prozent

Dieter Lenzen, Präsident der Uni Hamburg, ist bei der Hochschulrektorenkonferenz zuständig für internationale Angelegenheiten.



agenda

forschung

hochschule

kontakte

ticker

brennpunkt



aller Lehrstuhlinhaber an deutschen Unis haben einen ausländischen Pass. Mehr als ein Drittel davon stammt aus Österreich oder der Schweiz.

Internationale Universitäten und Fachhochschulen, die als assoziierte Netzwerkpartner an dem IMPI-Projekt beteiligt sind, erproben die Indikatoren bis Mai kommenden Jahres im direkten Vergleich untereinander. An dem Benchmarking nehmen von deutscher Seite unter anderem die Ludwig-Maximilians-Universität München und die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt teil.

Der Grund: „Wenn man Indikatoren nach dem Zufallsprinzip auswählt, dann akzeptiert man, dass auch die beabsichtigte Steuerung zufällig ist“, sagt Dr. Martin Groos, Leiter der Abteilung Internationales an der KU Eichstätt. Wichtig sei es deshalb, sich vorher zu überlegen, welche Indikatoren zu welchen Zielen der Hochschule passen. Doch viele Hochschulleitungen sind sich unsicher oder nicht erfahren genug. Deshalb kann ihnen ein Set von Indikatoren

helfen, ihr vorhandenes oder gewünschtes Internationalisierungsprofil zu bestimmen. „Um die richtigen Indikatoren auszuwählen, sind Diskussion und Erfahrungsaustausch von Vorteil“, sagt Groos.

Hochschulen, die die Indikatoren der Expertengruppe ebenfalls gern einem Praxistest unterziehen wollen, können gegen eine Gebühr von 1500 Euro an einer zweiten Benchmarkingrunde ab November 2011 teilnehmen. „Dadurch sehen wir, welche Indikatoren für die Hochschulen wirklich wichtig sind“, sagt Brandenburg. Diese sollen Mitte 2012 als kostenloser Werkzeugkasten ins Internet gestellt werden.

Die Instrumente sollen es den Hochschulen erleichtern, am eigenen Profil zu feilen. Denn ein Lippenbekenntnis der Hochschulleitung zur Internationalisierung in Form eines Strategie-Sätzchens reicht heute nicht mehr.

→ Internet: www.impi-project.eu

Benjamin Haerdle
ist Journalist in Leipzig.

Wettbewerb

"Indikatoren bilden nur einen Ausschnitt ab"

Prof. Dr. Dieter Lenzen ist seit 2007 Vize-Präsident für Internationale Angelegenheiten bei der Hochschulrektorenkonferenz (HRK).

duz *Muss die Internationalisierung einer Hochschule messbar sein?*

Lenzen Nicht in jeder Hinsicht. Eine Hochschule sollte sich an ihren Zielen messen und dabei im Dialog mit Studierenden, Wissenschaftlern und sonstigen Partnern stehen. Dies gilt auch für die Internationalisierung.

duz *Braucht es dafür Indikatoren?*

Lenzen Indikatoren sind hilfreich, um Transparenz herzustellen oder die eigene Position im regionalen, nationalen oder internationalen Umfeld zu bestimmen. Man darf jedoch nie vergessen, dass Indikatoren nur einen Ausschnitt der Realität abbilden. Qualitative Aspekte kommen da kaum zum Tragen. Daher ist die HRK der Ansicht, dass solche Daten zwar im Rahmen von internen Benchmarking- und Entwicklungsprozessen wirkungsvoll eingesetzt werden können, dass sie jedoch nicht zu externen Zwecken wie etwa Rankings verwendet werden sollten.

duz *Muss sich denn überhaupt jede Hochschule internationalisieren?*

Lenzen Nur eine internationale Hochschule wird sich im Wettbewerb behaupten. Gleichwohl unterscheiden sich Profil und Mission der Hochschulen untereinander: Was für Hochschule A gut ist, ist nicht automatisch auch für Hochschule B geeignet. In diesem Sinne muss auch die Internationalisierungsstrategie einer Hochschule „maßgeschneidert“ sein. Im Rahmen ihres Audits „Internationalisierung der Hochschulen“ berät die HRK ihre Mitgliedshochschulen auf dieser Grundlage: Nur wenn die Strategie die Spezifika der Institution und ihren regionalen und nationalen Kontext angemessen berücksichtigt, kann sie erfolgreich umgesetzt werden. hbj

Viele Studierende mit ausländischen Wurzeln lernen die Heimat ihrer Eltern und Großeltern erst durch ein Austauschprogramm richtig kennen.

Foto: Uni Regensburg/Europaeum



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

An der Uni Regensburg fördert ein Programm des Ost-West-Zentrums gemeinsam mit Partner-Universitäten Studierende osteuropäischer Herkunft.

von Mareike Knoke

Diversity Management

Secondos bringt die zweite Generation zurück zu ihren Wurzeln

Regensburg Zum Thema „Diversity und Minderheiten“ fällt einem als Hochschulmanager meistens spontan die Eingliederung von Migrantenkindern in das deutsche Hochschulsystem ein. Dass das Prinzip auch in die andere Richtung funktioniert, zeigt seit Wintersemester 2009/2010 die Universität Regensburg: Im nach eigenen Angaben deutschlandweit einmaligen Secondos-Programm werden die sprachlich wie sozial in Deutschland voll integrierten Kinder ost- und südosteuropäischer Familien wieder an die Wurzeln ihrer Herkunft herangeführt.

Secondos nennt man in der Schweiz ebene zweite Generation. „Wir wollen kulturelle Brücken zu Partneruniversitäten schlagen, um dieses wertvolle Potenzial zur Entfaltung zu bringen“, erläutert Lisa Unger-Fischer, Geschäftsführerin des Europaeums, des Ost-West-Zentrums der Uni Regensburg. Dafür nehmen die Studierenden ungarischer, kroatischer, rumänischer oder ukrainischer Herkunft im Rahmen ihres normalen Bachelorstudiums beliebiger Fachrichtung an einem Austauschprogramm teil, das sie im zweiten oder dritten Studienjahr an die ausländische Partneruniversität führt. So wird etwa die Psychologiestudentin Carolin Tillmann, deren Vater

Ungar ist, in Pécs studieren. „Ich wollte auf jeden Fall ins Ausland gehen. Aber erst durch Infos über das ‚Secondos‘-Programm bin ich darauf gekommen, dass es doch eigentlich naheliegend wäre, meine Fühler Richtung Ungarn auszustrecken.“

Geplant ist die Verleihung von Double Degrees mit einem Abschlusszeugnis der Heimat- wie der Partner-Uni. Die Uni Regensburg setzt im Secondos-Programm auf ihre Osteuropa-Kompetenz mit Angeboten in den slavischen und südslavischen Sprachen. „Zuvor erhalten die Studierenden intensive, speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Sprachkurse“, sagt Unger-Fischer. Denn das Hauptproblem der Studenten sei, dass sie, obwohl zweisprachig aufgewachsen, die Sprache ihrer Eltern oft weder lesen noch schreiben könnten.

Wichtig war bei der Partnerwahl ein gleiches Fächerspektrum. Bislang konnten die Universitäten in Kiew (Ukraine), Cluj (Rumänien), Pécs (Ungarn) und Zagreb (Kroatien) gewonnen werden. „Die Uni Zagreb zum Beispiel versucht schon seit geraumer Zeit, mit ähnlichem Ziel Partnerschaften mit anderen Ländern aufzubauen. Somit haben wir dort offene Türen vorgefunden“, sagt Unger-Fischer, deren bisherige Teilzeitstelle für das neue Programm,

das bis 2011 zunächst als Pilotprojekt laufen soll, zu einer vollen aufgestockt wurde. Auch gibt die Uni zusätzliche Mittel für die Sprachkurse. Geld aus dem Erasmus-Programm der EU soll zudem die Stipendien für den Auslandsaufenthalt der bislang zwölf Studierenden des ersten Durchgangs finanzieren. Verhandlungen mit weiteren Partnerunis in Polen und Russland sind bereits im Gange. Unger-Fischer hofft, „dass an den Partnerhochschulen entsprechende Programme entstehen und im Gegenzug auch Studierende aus Osteuropa nach Regensburg kommen.“

Der Regensburger Rektor Prof. Dr. Thomas Strothotte hatte die „Secondos“-Idee mitgebracht, als er im April 2009 sein Amt antrat. „Ein wichtiger Aspekt ist natürlich auch, durch die Partnerschaften weitere Kooperationen zwischen den Hochschulen anzuschließen und zu vertiefen“, sagt er. Gerne würde Strothotte auch türkischstämmige Studienanfänger, die unter allen zweisprachigen Abiturienten die größte Gruppe stellen, für „Secondos“ gewinnen. Allerdings fehlt in Regensburg die Turkologie. Strothotte: „Wir sind derzeit in Gesprächen mit anderen Universitäten, um in diesem Bereich zu kooperieren.“

➔ Internet: www.europaeum.de

Selbst Delikatessen sind vor der Wissenschaft nicht sicher. Ein internationales Forscherteam zerlegte kürzlich das Genom des schwarzen Périgord-Trüffels und kam dabei auf 7496 Gene. Erhöht Wissen den Genuss? Hoffentlich: Hundert Gramm davon kosten bis zu 100 Euro.

Foto: fotolia

→ Internet: www.genoscope.cns.fr/Tuber

WISSEN



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Bewerbungen

Anonymisierte Anträge helfen Frauen nicht

Heidelberg Im Wissenschaftsbetrieb bekommen junge Forscherinnen oft nicht die gleichen Karriere-Chancen wie ihre männlichen Kollegen. Das belegen etliche Studien. Der Verzerrungseffekt zwischen den Geschlechtern (Gender Bias) „zeigt sich vor allem in der frühen Karrierephase“, sagt Prof. Dr. Thomas Hinz, Soziologe an der Uni Konstanz. Nämlich dann, wenn es um die Sprungbretter in Form von Stipendien oder Stellen als Arbeitsgruppenleiter geht und man mit Anträgen und Bewerbungen erfolgreich sein muss.

Ein Weg, verdeckte Diskriminierungen zu beheben, ist die teilweise oder gar komplette Anonymisierung von Bewerbungsschreiben. Wissenschaftler kennen das aus den USA. Dort werden Bewerbungen in der Regel ohne Foto, Adresse und Angaben zur Herkunft und Nationalität eingereicht.

Um auch das Geschlecht aus der Bewertung herauszunehmen, müssten die Namen der Bewerber geschwärzt werden. Wer dies an seiner Hochschule oder Forschungseinrichtung versuchen will, sollte sich das gut überlegen. Es bringt in der Welt der Wissenschaft nicht viel, weil Frauen oft ihre kürzere Publikationsliste zum Verhängnis wird.

Das zeigte bereits eine 2007 veröffentlichte Studie der European Molecular Biology Organization (EMBO) in Heidelberg. Sie wollte der weit verbreiteten Behauptung auf den Grund gehen, Männer würden bei Auswahlverfahren bevorzugt. Trotz der Anonymisierung der Bewerbungen verändert sich der geringe Frauenanteil für ein EMBO-PhD-Stipendium nur unwesentlich. Die Autoren erklärten das mit den traditionellen Rollenbildern. Diese führen dazu, dass Frauen mehr Zeit für Familie und Kinder aufbringen und zudem weniger gefördert werden, etwa über Mentoring. Dieser Nachteil schlägt sich dann in ihrer Publikationsliste nieder und führe zu Ablehnungen durch der Auswahlkommission. hck

→ Internet: www.nature.com/embor/journal/v8/n11/full/7401109.html

Innovationsförderung

Fachhochschulen sollen stärker an Europas Forschungsraum partizipieren

Die Europäische Union will mit Forschung zum innovativsten Wirtschaftsraum der Welt werden. Dabei kann sie auf die Fachhochschulen nicht verzichten.

Magdeburg Jeder Hochschulmanager weiß, Fachhochschulen (FHs) können Meister der anwendungsnahen Forschung sein. Sie kooperieren mit Unternehmen und machen damit eigentlich schon lange genau das, was sich die Europäische Union in ihrer „2020-Strategie“ für die Zukunft wünscht: Wissenpartnerschaften eingehen, um Innovationen hervorzubringen. Paradoxe Weise beteiligen sich bislang aber nur wenige FHs an Europas Forschungsraum.

„Am letzten 6. EU-Forschungsrahmenprogramm (FRP) haben nur 36 deutsche FHs teilgenommen, das heißt 80 Prozent waren nicht dabei“, sagt Prof. Dr. Andreas Geiger, Rektor der Fachhochschule Magdeburg-Stendal und Sprecher der Mitgliedergruppe Fachhochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Gründe dafür seien die strukturelle Benachteiligung der FHs durch den fehlenden wissenschaftlichen Mittelbau und die höhere Lehrbelastung, die die Forschungsfähigkeit einschränkt.

Dennoch will die EU auf das Know-How der Hochschulen nicht verzichten. Deshalb fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in diesem Jahr erstmals die Antragstellung von FHs im aktuellen 7. FRP. Genauer: „FHs können für die Antragstellung ein halbes Jahr lang eine halbe Stelle finanziert bekommen“, erklärt Geiger. Dafür haben sich 59 FHs beworben. Die Bewerbungsfrist für die diesjährige Runde ist zwar abgelaufen, aber „falls dieses Programm erfolgreich verläuft, ist durchaus eine Verstärkung denkbar“, weiß Geiger.

Bis dahin wird mit anderen Mitteln versucht, den Fachhochschulen die Teilnahme

Andreas Geiger ist Rektor der FH Magdeburg-Stendal, die am Europäischen Forschungsrahmenprogramm beteiligt ist.

am FRP schmackhaft zu machen. So veranstaltet das BMBF am 22. Juni in Bonn unter dem Motto „Forschung an Fachhochschulen - Erfolgreich in Europa“ eine Konferenz, die das Potenzial der Hochschulen mit Blick auf Europa beleuchten, aber auch Institutionen wie die Kooperationsstelle der EU der Wissenschaftsorganisationen (Kowi) bekannter machen will.

Geiger verweist auf einen weiteren Vorteil der FRP-Teilnahme: „FHs betreiben vielfach Industrieforschung, die nicht peer reviewed ist. Unabhängige Begutachtung ist allerdings Voraussetzung für die Anerkennung dieser Drittmittelprojekte zur Aufnahme in die European University Association (EUA).“ FRP-Teilnehmer dagegen benötigen kein Peer Review für eine EUA-Mitgliedschaft. Bislang sind 13 FHs in den europäischen Lobbyverband eingetreten. cxm

Kontakt

Prof. Dr. Andreas Geiger
Rektor der Fachhochschule
Magdeburg-Stendal,
Internet: www.hs-magdeburg.de

Foto: HS Magdeburg



Wohin nur mit so viel Know-how an den Hochschulen? Ein US-Professor hatte jetzt eine sinnbringende Idee: Er gründete "Professors Beyond Borders". Die globale Wissenschaftler-NGO rückt in Entwicklungsländer aus.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Foto: Jose Leiva

Ira Levine

von Benjamin Haerdle

Experten im Einsatz

Professoren ohne Grenzen sind weltweit als Bildungsenkel unterwegs

Maine Raus aus dem Elfenbeinturm, rein ins Leben? Wer auf der Suche nach einer neuen Herausforderung ist, dem dürfte die Idee von Ira Levine gefallen: Ein weltumspannendes Netzwerk an Wissenschaftlern, die unentgeltlich bei der Lösung drängender Probleme in Entwicklungsländern helfen wollen. Der US-Wissenschaftler der University of Southern Maine hat dafür Ende April eine Freiwilligenorganisation gegründet. "Professors Beyond Borders" heißt die Non-Profit-Organisation (NGO) mit dem Motto: "Creating Global Platforms For Action".

Anders als etwa "Ärzte ohne Grenzen" setzt die US-NGO auf Interdisziplinarität. Mithelfen kann jeder, gleich welcher Fachrichtung und Karrierestufe. Ob Wirtschafts-, Agrar-, Bildungs- und Gesundheitswissenschaftler, ob Ingenieur oder Geograph – aus allen Fachdisziplinen sind Professoren, Postdocs, Studierende oder ganze Fakultäten und Hochschulen, alle sind willkommen. "Wir wollen das intellektuelle Talent mobilisieren, das an den Hochschulen in der Welt vorhanden ist", sagt Levine. Nun sucht der Executive Director der NGO weltweit nach motivierten Mitstreitern, natürlich auch in der Bundesrepublik. "Deutschland hat Top-Wissenschaftler und das Bildungssystem ist unübertroffen", lobt Levine.

Anmelden kann sich jeder über die Homepage der NGO. Via Newsletter gibt

es regelmäßig Informationen über Aktivitäten von "Professors Beyond Borders". Die Mitgliedschaft ist gebührenfrei, investieren sollte man dagegen Zeit. "Viele von uns opfern für ein Projekt ihre freie Zeit im Sommer statt mehr Arbeit in die eigene Forschung zu stecken", sagt Algenforscher Levine. Letztendlich bleibe es aber jedem selbst überlassen, wann er sich Zeit nimmt für die ehrenamtliche Tätigkeit. Mehr als 350 Wissenschaftler aus 25 Staaten sind der NGO bislang beigetreten.

Die ersten Projekte sind bereits initiiert: In Haiti etwa, wo seit dem Erdbeben Anfang des Jahres das Bildungssystem brach liegt, wird "Professors Beyond Borders" zusammen mit anderen Helfern den Betrieb an Universitäten, Colleges und Berufsschulen wieder aufbauen. Die Wissenschaftler-NGO entwickelt Lehrpläne, bietet Fernstudienkurse an und schickt Dozenten nach Haiti, um dort zu unterrichten. Der Bedarf ist groß. "Neun von 14 Hochschulen sind zerstört, die Hälfte der Professoren ist weg", sagt Levine. Und für ein Dorf im Süden Thailands wollen Professoren ein Konzept erarbeiten, wie die Gemeinde Agrarprodukte profitabler vermarkten kann.

Entstanden ist "Professors Beyond Borders" in Berlin. Bei einem Treffen in der Hauptstadt im Herbst 2009 hatten Teilnehmer des Fulbright New Century Scholars Program die Idee für die Gründung der Professoren-NGO.

Kontakt

Prof. Dr. Ira Levine

Executive Director

Professors Beyond Borders

Telefon: +1 207 754 6969

Mail: info@professorsbeyondborders.org

Internet: www.professorsbeyondborders.org/

Andrzej Krasniewski ist Generalsekretär der polnischen Rektorenkonferenz Konferencja Rektorów Akademickich Szkół Polskich.



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Bei Fragen zum EIT:

Wilfried Diekmann ist Chefberater

Bonn Ende 2009 sind die Sieger der ersten Förderrunde für das European Institute of Innovation and Technology (EIT) verkündet worden. Hochschulen, die sich für die nächsten Knowledge and Innovation Communities (KIC) des EIT bewerben möchten, sollten sich schon jetzt auf die nächste Ausschreibung vorbereiten. Das empfiehlt Dr. Wilfried Diekmann, seit einigen Wochen Leiter der Nationalen Kontaktstelle für das EIT im EU-Büro des Bundesforschungsministeriums. "Der Aufbau von Konsortien für die KIC ist anspruchsvoll und braucht eine längere Anlaufzeit als bei gewöhnlichen Forschungsprojekten", sagt Diekmann. Der 45-Jährige war zuvor zehn Jahre lang in der Nationalen Kontaktstelle für die Lebenswissenschaften im EU-Forschungsrahmenprogramm tätig.

Diekmann kennt sich nicht nur in den aktuellen Ausschreibungsrunden aus. Er weiß auch, was in der Budapester EIT-Zentrale mittelfristig geplant ist. Dort dürfte in den kommenden Monaten zum Beispiel besprochen werden, welche inhaltlichen Schwerpunkte das EIT in der nächsten Ausschreibungsrunde ab 2012 setzen möchte. "Wer Interesse hat, sich an einem künftigen KIC zu beteiligen, der sollte dem EU-Büro frühzeitig ein Signal geben", sagt Diekmann. Ermutigt zur Bewerbung sollten sich Netzwerke aus Forschungsinstituten, Hochschulen, Unternehmen und Behörden fühlen; also etwa Verbände, die das Bundesforschungsministerium über den Wettbewerb der Spitzencluster fördert. Wichtig sei vor allem eine lokale Verankerung der KIC. Das sei eine wesentliche Voraussetzung, die das EIT stelle. hbj

Kontakt

Dr. Wilfried Diekmann
Nationale Kontaktstelle für das EIT
EU-Büro des BMBF
Telefon: 0228/3821-657
Mail: Wilfried.Diekmann@dlr.de
www.eubuero.de

Lebenslanges Lernen

Wie sich polnische Hochschulen über Weiterbildung ihre Budgets aufbessern

Das Thema Lebenslanges Lernen gehen deutsche Hochschulen zumeist noch eher zaghaft an. Offensiver ist man in Polen: Dort ist die Weiterbildung ein wichtiges finanzielles Standbein für die Unis.

Warschau Viele der rund 450 öffentlichen und privaten Hochschuleinrichtungen in Polen setzen in Sachen Weiterbildung vor allem auf sogenannte "Non-degree post-graduate programmes" – Programme, für die Absolventen lediglich ein Zertifikat und keinen Master-Titel bekommen. "Die meisten Programme sind maßgeschneidert und werden in Kooperation mit externen Partnern aus Wirtschaft, Verwaltung oder sonstigen öffentlichen Einrichtungen ausgerichtet", sagt Prof. Dr. Andrzej Krasniewski. Er ist seit 1999 Generalsekretär der Konferencja Rektorów Akademickich Szkół Polskich (KRASP), der polnischen Rektorenkonferenz.

Mehr als 2000 solcher Programme, die zwischen zwei und vier Semester dauern, gibt es nach KRASP-Schätzungen derzeit in Polen. Die studentische Nachfrage sei groß. Weil sich nach der politischen Wende Anfang der 90er Jahre die Anforderungen des Arbeitsmarktes abrupt änderten, hätten sich viele Studierende für die Rechts- oder Wirtschaftswissenschaften entschieden. Nur ein Bruchteil von ihnen findet eine Stelle im polnischen Arbeitsmarkt. "Viele müssen nun umsatteln", sagt der Ingenieurwissenschaftler an Politechnika Warschau. Auch deshalb stieg nach Angaben des polnischen Statistikamtes seit 1990 die Zahl der eingeschriebenen Studierenden in derartigen Studienprogrammen von 32000 auf mehr als 168000 im Jahr 2009. Der Trend dürfte anhalten, denn die Regierung forciert die Kooperation mit der Wirtschaft.

Für die polnischen Hochschulen ist der Bildungshunger der Berufstätigen eine wichtige Einnahmequelle. Zwar gibt es keine konkreten Zahlen, wie viel Geld die Hochschulen damit einnehmen. Nach Einschätzung von Krasniewski ist der Faktor

Weiterbildung für die Hochschuletats allerdings nicht zu unterschätzen. Rund 1000 Euro zahlen Berufstätige pro Semester im Schnitt für die "Non-degree post-graduate programmes". Oft wären es aber deutlich weniger, denn die polnischen Hochschulen werben für die Finanzierung Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds ein. Wie eine KRASP-Umfrage belegt, werden 71 Prozent dieser Weiterbildungskurse über EU-Mittel mitfinanziert. Davon profitieren die Studierenden: "Viele zahlen für die Kurse nur einen symbolischen Preis", sagt Krasniewski.

Die Zertifikatsprogramme sind aber nicht das einzige Instrument, wie die Hochschulen Lebenslanges Lernen umsetzen. Seit einigen Jahren etablieren sich an polnischen Universitäten sogenannte "Uniwersytet Otwartość". Mit dem Prinzip der "offenen Hochschule" wollen die Universitäten über ein breites Kursangebot mehr Menschen an die Hochschulen locken, vom 16-jährigen Gymnasiasten bis zum Rentner. "Ziel ist aber weniger die berufliche Weiterbildung, sondern eher die persönliche Entwicklung", sagt Krasniewski. Doch auch das bringt etwas Geld in die Kassen, wenn sich wie an der Uni Warschau allein im ersten Jahr der Gründung im Jahr 2008 mehr als 8000 Menschen einschreiben. Zwischen 20 und 50 Euro kosten die meisten Kurse pro Semester. Für die Unis sind diese volkshochschulähnlichen Kurse aber auch aus einem anderen Grund wichtig: Sie wollen so Schüler schon früh an die Hochschule binden. Schaden kann das nicht: Die Zahl der Studierenden wird in den nächsten Jahren deutlich sinken. hbj

Kontakt

Prof. Dr. Andrzej Krasniewski
Generalsekretär der Konferencja
Rektorów Akademickich Szkół Polskich
Tel: +48 22 234 7537
Mail: krasp@rekt.pw.edu.pl
Internet: www.krasp.org.pl



Netzwerke lassen sich so bequem vom Mobiltelefon aus pflegen, dass die damit verbundenen Sicherheitsrisiken leicht vergessen werden. Gegen den Schlendrian helfen die goldenen Regeln der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit. Eine Pflichtlektüre!

Foto: pixelio

→ Internet: www.enisa.europa.eu

Seit zwei Jahren gibt es eine Datenbank für Interessenvertreter in Brüssel. Sie soll Transparenz im Experten-Dschungel herstellen. Doch weder Wirtschaft noch Wissenschaft sind mit besonderem Eifer bei der Sache. Was läuft schief?

Wer sucht, der findet nicht immer

Die Tücken und Lücken im Register der EU-Lobbyisten

Brüssel Mancher steht im Lobbyregister der Europäischen Kommission und weiß es nicht. Als Manager einer Hochschule sollte man also durchaus einmal nachfragen, welche Wissenschaftler in Brüssel registriert sind. Das zeigt das Beispiel der Universität Münster. Wer dort nach Einträgen fragt, löst Ratlosigkeit aus. Erst nach einer Weile stellt sich heraus: Die Uni hat Professoren eines Master-Studiums für Zollfragen eingetragen. Sie beteiligen sich am Dialog über die EU-Handelspolitik.

Gut 2 600 Selbstauskünfte waren Mitte März in dem Register abrufbar, das im Juni 2008 eingerichtet wurde. Meistens sind es Wirtschaftsverbände und Unternehmen. Akademische Organisationen tauchten dagegen kaum auf: Nur 92 verzeichnete das Register – das aber waren schon doppelt so viele wie ein halbes Jahr zuvor. Sechs der Einträge kamen aus Deutschland, darunter die Uni Münster und das Deutsche Studentenwerk (DSW).

„Der Eintrag war eher eine Privatinitiative“, sagt ein Uni-Sprecher. Doch die Universität steht jetzt mit Rektorin, 37 000 Mitgliedern und ihrem Etat von 331 Millionen Euro im Lobbyregister. Auch das Deutsche Studentenwerk findet man im Register. Ein DSW-Sprecher klärt auf, es sei um einen Beitrag zu einem EU-Grünbuch gegangen: „Es hieß, das geht nur so.“ Und: „Wir verfolgen von Berlin aus, was in Brüssel los

ist.“ Mussten sich Universität und Studentenwerk überhaupt in das „Register der Interessenvertreter“ eintragen? Nein, heißt es bei der Kommission. Es sei eine irrtümliche Annahme, „nur aufgrund der Registrierung an den öffentlichen Verfahren teilnehmen zu können“, erklärt Margot Tuzina, Sprecherin der deutschen Vertretung der EU-Kommission in Berlin.

Andererseits verweist die Internetseite zum Dialog über die EU-Handelspolitik als Erstes auf das Lobbyregister. Und so löst es außerhalb des Brüsseler EU-Viertels vor

„Es gibt keine Anreize, sich einzutragen. Die EU-Kommission redet ja trotzdem mit allen.“

..... allem Fragen und Missverständnisse aus. Dabei sollte es die Arbeit der Lobbyisten durchschaubarer machen. Grundsatz des im Juni 2008 geöffneten Registers ist Freiwilligkeit. Eintragen soll sich, wer auf die EU-Politik Einfluss nehmen will.

Ausdrücklich nicht darunter fallen Einladungen zu öffentlichen Konsultationen oder die Information der EU, wenn diese von sich aus darum gebeten hat. Wer sich ins Register einträgt, erkennt einen



Verhaltenskodex an. Der legt fest: Lobbyisten arbeiten nicht verdeckt, legen ihre Auftraggeber offen und täuschen niemanden. Sie informieren nicht irreführend, beeinflussen nicht auf unlautere Weise Entscheidungen, verleiten EU-Beamte nicht zum Rechtsbruch und erschleichen sich keine Informationen.

Die EU kümmert die geringe Akademikerquote übrigens kaum. Ihre Strategen dachten nicht in erster Linie an Hochschulen, als sie das Register auflegten. Doch sieht die Kommission Fälle, in denen diese unter die Definition für einen Eintrag fallen. Es gebe mittlerweile Universitäten, die von sich aus versuchten, Aufträge für Studien zu erhalten oder ihre Analysen auf europäischer Ebene einzubringen. Sie hofften, auf diese Weise einen Imagegewinn für sich zu erreichen. „In jedem Fall aber haben alle diese Aktivitäten das Ziel, Einfluss zu nehmen“, sagt Margot Tuzina. Wer dies zum Ziel hat, sollte sich registrieren.

Sollte, aber muss nicht. Was Kritiker als großes Manko empfinden. Die Initiative LobbyControl und die Antikorruptions-



Foto: privat

.....
Ja zum Lobbyregister sagt der Lüneburger Professor Anthimos Georgiadis.



Foto: fotolia

Interview

„Den EU-Mitarbeitern meine Meinung sagen“

Dr. Anthimos Georgiadis ist Professor für Prozessmesstechnik an der Leuphana Universität Lüneburg. Wie steht er zu seinem Eintrag im Lobbyregister?

duz Herr Georgiadis, warum sind Sie im EU-Lobbyregister?

Georgiadis Die EU-Förderung ist für meine Forschung wichtig. Ich interessiere mich darum auch für die Definitionsphasen der Programme und investiere Zeit und Geld, um den EU-Mitarbeitern meine Meinung zu sagen. Als ich gemerkt habe, dass es diese Lobbyplattform gibt, wollte ich mitmachen, damit auch die Universitäten gehört werden. Die angewandte Forschung ist auf die Industrie ausgerichtet. Das ist gut so, aber oft ist eine bessere Kommunikation mit uns nötig.

duz Wie sind Sie auf das Register aufmerksam geworden und hat der Eintrag Konsequenzen für Sie?

Georgiadis Ich nehme regelmäßig an EU-Veranstaltungen zu meinen Fachgebieten teil. Ich habe gehört, dass es das gibt, und ich wurde nach einer EU-Konferenz angemalt. Bis auf ein paar E-Mails und ein paar Broschüren hatte der Eintrag allerdings noch keine Konsequenzen für mich.

duz Das Register soll Transparenz schaffen ...

Georgiadis Ja, denn sonst versteht man nicht, warum die Förderung plötzlich von Multimedia Richtung Nanotechnologie geht. Wenn Ihr Thema plötzlich nicht mehr da ist – was machen Sie dann? Wenn Sie nicht vorbereitet sind, haben Sie keine Chance.

duz Finden Sie die Verhaltensrichtlinien des Registers gut?

Georgiadis Ja. Aber dass industrielle Partner in Sitzungen ihre Ziele offenlegen, habe ich bislang nicht erlebt. Immerhin: Wenn man die Einträge sieht, kann man sich ein Bild darüber machen, wer sich interessiert. Das ist ja auch schon eine Information. fvb

Stehen Sie schon im Lobbyregister? Wer sich dort einträgt, erkennt einen Verhaltenskodex an und bekennt sich zu Transparenz.

organisation Transparency International bemängeln, 60 Prozent der in Brüssel aktiven Lobbyfirmen hätten sich nicht registriert.

„Es gibt ja auch keine Anreize, sich einzutragen. Die EU-Kommission redet ja trotzdem mit allen“, sagt Nina Katzemich von LobbyControl. Es gehe höchstens um den guten Ruf. Als absurd empfinden die Lobbywächter, dass zwar ein Professor aus Lüneburg im Register steht, nicht aber manche millionenschwere Lobbyagentur aus dem EU-Viertel.

Selbst im kleinen Bereich Wissenschaft gibt es Leerstellen. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) fehlt im Register. Dabei hat sie ein eigenes Büro in Brüssel. Die wenigen verzeichneten Organisationen machen oft lückenhafte Angaben. Das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY) benennt weder Gegenstand noch Kosten der Lobbyarbeit – obwohl Dr. Ute Krell vom Hamburger EU-Projektbüro des DESY sich durchaus als Lobbyistin versteht, die vor forschungspolitischen Entscheidungen gute Kontakte zur Kommission nutzt. Auch

Politikwissenschaftlerin Dr. Cornelia Woll zweifelt, ob das Register seinem Anspruch gerecht wird. Sie beobachtet aber einen anderen Trend. „Für Interessengruppen, die nicht so bekannt sind, ist es eine Art, in bestimmten Dokumenten zu erscheinen und informiert zu werden“, sagt Woll, die unter anderem am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln arbeitet. Dies liege am Charakter des Lobbyismus in Brüssel, bei dem es oft für beide Seiten zunächst wichtig sei, Ansprechpartner zu finden.

Die EU-Kommission befriedigt diese Wünsche, indem sie ihre Beamten dazu anhält, ins Register zu schauen. Und sie informiert die Registrierten automatisch, wenn ein Aufruf zu einer Konsultation in ihrem Gebiet startet. Dieser Service wiederum führt zum Eindruck, der Eintrag sei für eine Teilnahme Pflicht.

➔ **Internet:** <https://webgate.ec.europa.eu/transparency/regrin/welcome.do>

.....
Frank van Bebber ist Journalist in Frankfurt/Main.



Foto: kathbild/Michael Scharf

Papst Benedikt XVI. hat die Forschung mit adulten Stammzellen abgesegnet.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Stammzellforschung

Vatikan kooperiert mit Pharmaunternehmen

Rom Der Vatikan und das amerikanische Pharmaunternehmen NeoStem haben Ende Mai eine Zusammenarbeit zur Erforschung adulter Stammzellen beschlossen. Da hierbei mit Zellen gearbeitet wird, die aus dem Knochenmark oder dem Blut Erwachsener stammen, sieht der Heilige Stuhl darin eine Alternative zur embryonalen Stammzellforschung. Letztere lehnt er klar ab. Kooperationspartner sind die jeweiligen karikativen Zweige, das heißt die „Stem for Life Foundation“ des börsennotierten Unternehmens sowie und die Stiftung des Päpstlichen Kulturrates „Science Theology and the Ontological Quest“. Ziel ist es, die Anwendungsmöglichkeiten im Bereich der regenerativen Medizin zu fördern und die kulturelle Relevanz der Forschung herauszustellen. Geplant sind auch interdisziplinäre Ausbildungsprogramme, Publikationen und Kurse über bioethische Fragen. ce

→ Internet: www.stoqnet.org

Folgen der Krise

EUA drängt auf Bildungsinvestitionen

Brüssel Die European University Association (EUA) fordert von den europäischen Regierungen, mehr Geld in Bildung zu investieren. Ihr Ende Mai veröffentlichter Bericht über die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die finanzielle Situation der Hochschulen Europas zeigt, dass vielerorts dramatische Einschnitte vorgenommen wurden. Besonders gravierend seien die Kürzungen in Lettland, Irland, Großbritannien, Estland, Litauen und Rumänien. Zudem hätten einige Staaten wie Ungarn ambitionierte Pläne zur Förderung höherer Bildung aufgegeben. Positiv erwähnt werden dagegen Deutschland und Frankreich, da hier nicht von den anvisierten Zielen abgewichen worden sei. Der Bericht ruft den Verantwortlichen eindringlich die Barcelona-Ziele ins Gedächtnis, nach denen drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes

für Forschung und zwei Prozent in höhere Bildung zu investieren seien. ce

→ Internet: www.eua.be

Wissenschaftsfreiheit

Hirnforscher kann weiter an Affen experimentieren

Bremen Der Bremer Neurobiologe Prof. Dr. Andreas Kreiter kann vorerst weiter an lebenden Affen forschen. Das Verwaltungsgericht Bremen hat Ende Mai einen Bescheid der Gesundheitsbehörde aufgehoben, welche die Affenexperimente aus Tierschutzgründen zuvor abgelehnt hatte. Es sah die Gründe für die Ablehnung des Forschungsvorhabens als nicht ausreichend an. Die Gesundheitsbehörde soll nun über den Genehmigungsantrag neu entscheiden. Außerdem soll der Sachverhalt durch weitere wissenschaftliche Gutachten geklärt werden. Der Gerichtsbeschluss bedeutet aber keine endgültige Genehmigung der Experimente mit Affen. rk

EU-Parlament

Unis und Unternehmen sollen besser kooperieren

Straßburg/Brüssel Das Europäische Parlament hat Ende Mai eine Resolution verabschiedet, die sich für engere Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen ausspricht. Firmen werden aufgefordert, an talentierte junge Menschen mehr Stipendien zu vergeben. Für kleine und mittlere Unternehmen soll der Zugang zu Forschung und Lehre durch stärkere finanzielle Förderung und verringerte Bürokratie erleichtert werden. Die Abgeordneten fordern zudem die Einführung eines Europäischen Industrie-PhD-Schemas, mit dem wirtschaftlich relevante Doktoranden-Programme im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms gefördert werden könnten. In der Resolution wurde jedoch auch betont, das höhere Bildung eine öffentliche Aufgabe sei und für deren Unabhängigkeit Sorge Sorge getragen werden müsse. ce

→ Internet: www.europarl.europa.eu

OECD-Strategie

Innovation als Schlüssel zu Wohlstand und Wachstum

Paris Die neue OECD Innovationsstrategie stellt Wissen als Hauptmotor für Wirtschaftswachstum ins Zentrum. OECD-Generalsekretär Angel Gurría stellte das Papier Ende Mai in Paris vor. Die Staaten müssten deshalb auch die Erforschung von Themen wie dem Klimawandel unterstützen, heißt es darin. Gerade jetzt, da eine wirtschaftliche Stabilisierung abzusehen sei, dürfe in diesem Bereich nicht gekürzt und langfristiges Wachstum nicht aufs Spiel gesetzt werden. Unterdessen hat EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn Ende Mai eine Expertengruppe ins Leben gerufen, die klären soll, wo man am besten investiert, um Innovation zu fördern. Unter der Leitung des Generalsekretärs des Europäischen Forschungsrates, Prof. Dr. Andreu Mas-Colell, sollen Kriterien erarbeitet werden, um die Innovationskraft messen und Investitionen besser steuern zu können. ce

→ Internet: www.oecd.org

Schulterschluss

Islamische Forscher wollen sich vernetzen

Baku Die 57 Staaten der Islamkonferenz (OCI) wollen Forschungsk Kooperationen innerhalb der muslimischen Welt fördern und dazu zwei neue Institutionen gründen und einen neuen Forschungspreis einrichten. Das wurde Mitte Mai bei der Konferenz der „Islamic University Federation“ im azerbaidschanischen Baku beschlossen. Noch in diesem Jahr soll ein Rektor für eine neue „Islamic Virtual University“ gewählt werden, sagte Prof. Abdullah Jasbi, Rektor der iranischen Azad Universität. Zudem sollen ein „Islamic Universities Business Network“ gebildet und ein Preis für wissenschaftliche Veröffentlichungen eingerichtet werden. Im Fokus sind auch die Verbindungen zwischen Wissenschaft und dem Wirtschaftsbereich. ce

→ Internet: www.isesco.org

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Was aber ist Hören? Seit langem diskutieren Forscher, ob eine US-Studie stimmt und Mozarts Musik bei Intelligenztests hilft. Ausgerechnet aus Wien kommt nun die Botschaft: das mit dem Mozart-Effekt ist Unsinn. Wie schade!

Foto: Wikipedia

→ Internet: <http://dx.doi.org/10.1016/j.intell.2010.03.001>

SPRECHEN



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Massenuntersuchung

Gentest für Studenten

Berkeley An der Berkeley-University wird in diesem Sommer die erste massengenetische Untersuchung an einer Hochschule durchgeführt. Studienanfänger am College of Letters and Science können freiwillig Genproben abgeben. Im Rahmen eines Forschungsprojektes werden sie auf drei Gene untersucht, die für die Regulierung von Alkohol, Laktose und Folsäure verantwortlich sind. Letztlich könne nur die Testperson durch einen Barcode ihre Ergebnisse identifizieren. Dem Initiator, dem renommierten Genetiker Professor Dr. Jasper Rine, gehe es darum, den Studenten personalisierte Medizin und den Einfluss der eigenen Gene näher zu bringen, heißt es. Zudem sei es bei einer gewissen Prädisposition möglich, durch gesunden Lebensstil gegenzusteuern.

→ Internet: <http://onthesamepage.berkeley.edu>

Internationale Studie

Finanzautonomie der Hochschulen wächst

Brüssel Europäische Hochschulen sind immer stärker dazu angehalten, über ihre Leistungsfähigkeit Rechnung abzulegen. Das habe zwar eine höhere Regeldichte zur Folge, gehe jedoch auch mit einer größeren Finanzautonomie einher. Zu diesen Ergebnissen kommt eine für die EU-Kommission erstellte und Ende Mai präsentierte Studie „Progress in higher education reform across Europe“. Unter Federführung des niederländischen Hochschulforschungsinstituts CHEPS hatte ein internationales Forschungsteam, zu dem auch das Zentrum für Hochschulentwicklung CHE gehört, Veränderung der Steuerung und Finanzierung von Hochschulen zwischen 1995 und 2008 in 33 europäischen Ländern verglichen. Die größere Autonomie im Finanzbereich machten die Forscher daran fest, dass in 22 Ländern Universitäten über Globalbudgets verfügten. Auch in Sachen Organisationsautonomie sei Europa auf hohem Niveau.

Eine Abnahme an Eigenständigkeit sei im Bereich Qualitätssicherung auszumachen. Auch deutsche Hochschulen hätten hier Autonomie eingebüßt.

→ Internet: www.che-concept.de

Wettbewerb

Standorte gesucht für Gesundheitsforschung

Berlin Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat einen Wettbewerb für den Aufbau von vier weiteren Zentren für Gesundheitsforschung ausgeschrieben. In ihnen sollen Ergebnisse der Grundlagenforschung zu wichtigen Volkskrankheiten wie Alzheimer, Krebs, Herz-Kreislauf, Infektions- oder Lungenerkrankungen rasch in den klinischen Alltag überführt werden. Universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen können sich als Partner bis Ende August bewerben. Ende des Jahres wird entschieden, welche Standorte sich qualifiziert haben. Die Zentren werden in der ersten Jahreshälfte 2011 gegründet.

→ Internet: www.gesundheitsforschung-bmbf.de/de/2395.php

Skandal um Förderverein

Freie Universität Berlin hatte teure Freunde

Berlin Die Freie Universität (FU) Berlin hat in den vergangenen Jahren Medienberichten zufolge über eine Million Euro mit einem Förderverein in New York verloren, der eigentlich Geld einwerben sollte. Der Verein „Friends of Freie Universität Berlin“ wurde im Dezember 2002 gegründet und war auf viel Geld von ihr angewiesen. Jährlich sollen im Schnitt 200 000 Euro an ihn geflossen sein. Das gehe aus einem internen Bericht hervor, den die FU-Vizepräsidentin Prof. Dr. Ursula Lehmkuhl verfasst habe. Sie reiste im Sommer 2009 nach New York, um die Akten des Vereins zu sichten. Auch eine Groß-Spende von 600 000 Dollar, die für die Sanierung des Henry-

Ford-Baus gedacht war, sei größtenteils in den USA ausgegeben worden. Jetzt soll der Verein abgewickelt werden.



Foto: FU Berlin

FU-Vizepräsidentin Ursula Lehmkuhl

Carlo Rubbia leitet das vom ehemaligen Bundesumweltminister Klaus Töpfer gegründete Klima-Institut.



Foto: Cern

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Geldmangel

Neuseelands Hochschulen droht ein Einschreibestopp

Wellington Die acht Universitäten Neuseelands müssen möglicherweise bald Einschreibestopps erlassen. Die Ende Mai bewilligten Gelder der Regierung lassen 2011 nur 768 Studenten mehr zu als in diesem Jahr. Die Rektorenkonferenz erwartet jedoch einen Zuwachs von rund 4000 Studenten. Ihr Vorsitzender Derek McCormack kritisierte Ende Mai, mit dem Budget bliebe Neuseeland weiterhin hinter dem Nachbarn Australien zurück. Dort würden intellektuelle Kapazitäten als starker Wirtschaftsfaktor betrachtet. ce

→ Internet: www.nzvcc.ac.nz

Erasmus-Mobilität

Frankreich übernimmt die Führung von Deutschland

Paris Frankreich ist Spitzenreiter im internationalen Austauschprogramm Erasmus. Das verkündete Anfang Juni die französische Wissenschaftsministerin Valerie Pécresse. Im akademischen Jahr 2008/09 gingen 28 283 Franzosen und damit neun Prozent mehr als im Vorjahr über Erasmus an eine Hochschule im Ausland. In Deutschland waren es 23 407 Studenten und 2696 Dozenten. Gefragtestes Land bei Deutschen wie Franzosen ist Spanien. hck

Sparen im Norden

Aus für Medizin an der Universität Lübeck

Lübeck Die Landesregierung Schleswig-Holsteins will den Studiengang Medizin an der Universität Lübeck schließen. Das entschied das Kabinett Ende Mai. Auch die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge der Universität Flensburg stehen vor dem Aus. Im Dezember entscheidet der Landtag über die Sparmaßnahmen. Schleswig-Holstein ist mit fast 25 Milliarden Euro verschuldet. hbj

Nachhaltigkeitsforschung

Nobelpreisträger leitet Klima-Institut in Potsdam

Potsdam Das Institut für nachhaltige Klimaforschung (IASS) hat seit Anfang Juni einen neuen wissenschaftlichen Direktor: den Nobelpreisträger Prof. Dr. Carlo Rubbia. Ende Mai wurde er einstimmig für fünf Jahre gewählt. Der 76-Jährige erhielt 1984 gemeinsam mit Simon van der Meer den Physik-Nobelpreis. In Potsdam leitet er das Forschungscluster „Erde, Energie, Umwelt“ mit dem Schwerpunkt Kohlendioxid als Rohstoff sowie solar-thermische Energiegewinnung. Das IASS wurde 2009 vom ehemaligen Bundesumweltminister und Ex-Chef des UN-Umweltprogramms, Dr. Klaus Töpfer, gegründet. rk

Internationale Kooperation

Japan kooperiert mit Nordafrika

Tunis Japan und sechs nordafrikanische Staaten haben Mitte Mai beschlossen, ihre Hochschulkooperationen zu intensivieren.

Budget für Bildung

Britische Unis sollen noch mehr sparen

London Die neue liberalkonservative Regierung in Großbritannien will den Hochschulen erneut das Budget kürzen. Insgesamt sollen 200 Millionen Pfund (235 Millionen Euro) eingespart werden, wurde Ende Mai bekannt. Das kostet 10 000 neue Studienplätze, obwohl mit einem Andrang von mehr als 100 000 Studienanwärtern gerechnet wird. Steve Smith, Präsident der Rektorenvereinigung Universities UK sagte: „Wir haben schon mit den enormen Kürzungen der vorigen Regierung zu kämpfen. Weitere Einschnitte machen es noch schwerer, ohne Abstriche bei der Qualität weiterzuarbeiten.“ Man könne sich

Steve Smith, Chef der britischen Rektoren, sieht die Unis vor einem Tal des Todes.

Beteiligt sind Algerien, Ägypten, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien. Das japanische Wissenschaftsministerium hat diese Kooperation angestrengt, weil es bis 2020 den Anteil ausländischer Studenten in Japan von 100 000 auf 300 000 erhöhen will. Als Modell der Kooperation gilt die Egypt-Japan University of Science and Technology in Alexandria, die im Februar ihr Postgraduiertenprogramm startete. ce

→ Internet: www.mext.go.jp

Studienabschlüsse

Jeder Vierte bricht ab

Wiesbaden 73 Prozent der Studierenden an deutschen Hochschulen beenden ihr Studium erfolgreich, jeder vierte hingegen bricht es ab. Das teilte das Statistische Bundesamt Ende Mai mit. Für die Universitäten errechnete das Amt eine Erfolgsquote von 68 Prozent, für die Fachhochschulen kam es auf 80 Prozent. Die Berliner Hochschulen waren mit 82,4 Prozent Absolventen eines Jahrgangs am besten. Der Anteil der männlichen Absolventen lag mit 29 Prozent etwas höher als der der Frauen (26 Prozent). rk

kein Tal des Todes leisten. Die Gewerkschaft der Uni-Angestellten UCU kündigte einen landesweiten Streik an, sollte es zu Kündigungen kommen. ce

→ Internet: www.universitiesuk.ac.uk



Foto: University of Exeter

66. Jahrgang

Gegründet 1945 als „Göttinger Universitätszeitung“.

Herausgeber:

Dr. Wolfgang Heuser, Tel.: 030 212987-29,
E-Mail: w.heuser@raabe.de

Redaktion:

Leitende Redakteurin: Christine Pruby (py),
Tel.: 030 212987-37, E-Mail: c.prusky@raabe.de
Hans-Christoph Keller (hck), Tel.: 030 212987-36,
E-Mail: hc.keller@raabe.de
Mareike Knoke (mk), Tel.: 030 212987-35,
E-Mail: m.knoke@raabe.de
Christine Xuân Müller, Tel.: 030 212987-32,
E-Mail: c.mueller@raabe.de
Redaktionsassistent: Anne-Katrin Jung (akj),
Tel.: 030 212987-39, E-Mail: duz-redaktion@raabe.de

Adresse der Redaktion:

Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30
E-Mail: duz-redaktion@raabe.de
Internet: www.duz.de

Gestaltungsidee und Grundlayout:

axeptDESIGN, Berlin

Satz und Grafik:

ESM Berlin

Druck:

Kessler Druck + Medien, Bobingen

Ständige Autoren und Mitarbeiter:

Dr. Bernd Armbruster (bar), Frank van Bebber (fvb),
Benjamin Haerdle (hbj), Marion Hartig (mh), Eva Keller
(eke), Roland Koch (rk), Textagentur Café Europe

Titelfoto:

fotolia

Verantwortlich gemäß Pressegesetz:

Christine Pruby, Berlin (für den redaktionellen Inhalt)

Anzeigenabteilung und Verlag:

RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation
Anke Weltzien, Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30
E-Mail: duz-anzeigen@raabe.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 01.01.2010.

Kundenservice und Unternehmenssitz:

Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Ein Unternehmen der Klett-Gruppe
Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart
Postfach 103922, 70034 Stuttgart
Tel.: 0711 62900-16, Fax: 0711 62900-10
Stuttgart HRB 726594
Geschäftsführerin: Anneliese Grünzinger
USt.-ID: DE 813031443

Bezugsbedingungen:

Ein duz-Abonnement beinhaltet 22 Ausgaben
im Jahr (12 x duz MAGAZIN, 10 x duz EUROPA).
Der Jahresbezugspreis beträgt 129 Euro, der
Halbjahresbezugspreis 68 Euro (für Studierende,
Promovenden und Referendare 35 Euro). Alle
Preise verstehen sich inklusive 7 % Mehrwertsteuer
und Versandkosten, Inland. Zusätzlich gibt es die
Möglichkeit, ausschließlich die duz EUROPA zu
abonnieren. Der Jahresbezugspreis beträgt 68 Euro
(für Studierende, Promovenden und Referendare 35
Euro). Ermäßigte Abonnements können nur direkt beim
Verlag bestellt werden. Die Abonnementrechnung
wird gemäß dem Bezugsjahr (nicht Kalenderjahr)
gestellt. Bei Lieferungsausfall durch Streik oder höhere
Gewalt erfolgt keine Rückvergütung. Die Kündigung
des Abonnements muss 6 Wochen vor Ende des
Bezugsjahres/-halbjahres beim Verlag eingegangen sein.
ISSN-Nr. 1869 – 7402

© Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge
und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist
eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages
strafbar. Beiträge, die mit Namen oder Initialen des
Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem
Fall die Meinung der Redaktion oder des Verlages
dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie
Meinungsbeiträge von Autoren, die nicht der Redaktion
angehören, kann keine Haftung übernommen werden.
Der Verlag behält sich vor, Beiträge lediglich insoweit
zu kürzen, als das Recht zur freien Meinungsäußerung
nicht betroffen ist.

Haftungsausschluss für Anzeigeninhalte:

Für die Inhalte von Stellenangeboten und Werbe-
anzeigen sind die jeweiligen Inserenten verantwortlich.

Putin untergräbt Russische Akademie

Moskau Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin hat 15 weiteren Hochschulen Russlands den Status Nationaler Forschungsuniversitäten zuerkannt. Die Webzeitung Polit.ru kritisiert die Idee der Nationalen Forschungsuniversitäten: „Zwar wird die Entscheidung von einem Chor kremltreuer Stimmen gelobt, dieser kann jedoch nüchterne Stimmen nicht übertönen. Das ist nur der Versuch, gestandenen Instituten der Russischen Akademie der Wissenschaften den Rang abzulaufen. [...] Die Universitäten sind jedoch auch durch enorme Finanzspritzen nicht in der Lage, die Akademie zu ersetzen. Die Psycholinguistin Rewekka Frumkina sagt: „Das Getümmel um föderale Universitäten und Nationale Forschungsuniversitäten macht mich nicht nur müde, es wirkt aufreizend. Man kann etwas einen Kochtopf nennen – zum Suppenkochen wird es sich trotzdem nicht eignen.“

(polit.ru, 24.05.2010)

→ Internet: www.polit.ru

Kürzungen schwächen dänische Wirtschaft

Kopenhagen Die liberal-konservative dänische Regierung hat ein Sparpaket in Bildung, Wissenschaft und Forschung im Umfang von 540 Millionen Euro vorgelegt. Die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ lehnt das Paket ab: „Die Sparmaßnahmen brechen mit dem Ehrgeiz, Dänemark zu einer Wissensgesellschaft zu machen. Das Massaker in den Lehranstalten wird die dänische Wirtschaft schwächen [...]. Indem Investitionen in neue Laboratorien gestrichen und gleichzeitig die Möglichkeiten der Erwachsenen- und der Weiterbildung eingeschränkt werden, bleibt Dänemark noch weiter im internationalen Wettlauf zurück [...] Dänemark ist in letzter Zeit nur noch EU-Durchschnitt gewesen, wenn es um Investitionen in die Forschung und höhere Bildung gegangen ist.“

(Politiken, 27.05.2010)

→ Internet: www.politiken.dk

Brüsseler Bürokratie tötet die Forschung

Brüssel Mehr als 13 000 Wissenschaftler haben eine Petition an die Europäische Union unterzeichnet. Sie fordern den EU-Ministerrat und das Parlament auf, die Bürokratie bei der europäischen Forschungsförderung abzubauen (www.trust-researchers.eu). EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn unterstützt den Aufruf. Der belgische Professor für Gesundheitswesen Bruno Dujardin fordert in „Le Soir“: „Die Kommissarin braucht politische Unterstützung, um die mörderische Last der Bürokratie zu reduzieren. Der Bürokratie-Exzess tötet die Forschung. Um korrekt einen Antrag zu stellen, müsste man wissen, was vier Jahre lang Tag für Tag in einem Projekt ansteht. Die Kommissarin gibt uns Hoffnung, doch ohne energische Intervention der politischen Repräsentanten ist die Forschung dazu verurteilt, schnell zu erstarren und angesichts der Konkurrenz aus den USA und Schwellenländern vielleicht sogar ganz zu verschwinden.“

(Le Soir, 26.05.2010)

→ Internet: www.lesoir.be

Kanada setzt nur Männer auf Top-Lehrstühle

Ottawa Die kanadische Regierung hat 200 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, um prominente Forscher aus aller Welt anzulocken. Die Veröffentlichung der anvisierten Personen kommentierte die Präsidentin der Gesellschaft kanadischer Frauen in Wissenschaft und Technik, Elana Brief, im amerikanischen Magazin „Science“: „Die Tatsache, dass unter den 19 Namen der Liste nur männliche zu finden sind, zeigt mir, dass unsere Idee davon, wer in der Wissenschaft erfolgreich sein kann und wen wir feiern wollen, sehr geschlechtsabhängig ist. Und das sitzt sehr tief. Wenn sich hier nichts ändert, könnte die Welt Kanada als eine rückständige Nation betrachten, die die Vielfältigkeit der Geschlechter nicht wertschätzt.“

(Science, 20.05.2010)

→ Internet: <http://news.sciencemag.org>

Aus Gründen der besseren Handhabbarkeit
finden Sie den Stellenmarkt in einer gesonderten Datei.

Eines der vielen Wahrzeichen von Budapest: die Fischerbastei.



Foto: EU-Kommission

Dr. Anat-Katharina Kálmán

Nach den Wahlen in Ungarn

Universitäten hoffen auf Finanzierung nach europäischem Vorbild

Budapest Kurz nach den Parlamentswahlen in Ungarn Ende April hat der neue Ministerpräsident Viktor Orban sein Superministerium vorgestellt: das sogenannte Humanministerium. Es umfasst die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Als Mitte Mai bekannt wurde, dass der Anatomieprofessor Dr. Miklós Réthely der neue Humanminister sein würde, ging ein deutliches Aufatmen durch die Reihen der Wissenschaft. Réthely ist ein international geschätzter Wissenschaftler, der bereits Erfahrungen in der ungarischen Politik gesammelt hat.

„Endlich jemand, der etwas von Bildung und Forschung versteht“, sagte Prof. Dr. Tamás Krauss, Leiter des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte an der Loránd-Eötvös-Universität (Elte) in Budapest, der ältesten Uni Ungarns. Denn seit Jahrzehnten läuft vieles nicht so, wie es eigentlich für die Wissenschaft in Ungarn laufen sollte. Immer neue Sparpakete belasten seit 1995 den ungarischen Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb. Mal steigende, mal sinkende Studiengebühren, ein schlecht durchdachtes Bologna-System (siehe Interview), Qualifikationskriterien, denen die Wirtschaft skeptisch gegenübersteht und die Aussicht auf viel zu schlecht bezahlte Jobs, führen zu immer mehr Studienabbrüchen. Mittlerweile geht jeder siebte ungarische Hochschulabsolvent ins Ausland, Tendenz steigend.

In den letzten Jahren hatten die Universitäten, die Akademien und selbst die Schulen versucht, sich mit EU-Geldern

oder Drittmitteln über Wasser zu halten. Gelder aus der Wirtschaft waren dabei sehr wichtig. So verschaffte sich die Széchényi Universität in Győr über ihre enge Vernetzung mit großen Konzernen ihr nötiges Geld. VW, Audi oder Philipps finanzieren an der Universität ganze Lehrstühle und Forschungsprojekte.

Trotz dieser erfolgreichen Einzelinitiativen fehlt es in Ungarn an einem gut entwickelten breiten Studienangebot. Das wurde in den vergangenen zwanzig Jahren stark vernachlässigt. Jedes Jahr sanken die staatlichen Ausgaben für Forschung und Bildung. Allein von 2008 bis heute von 0,8 auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. In dieser Zeit wurde Ungarn besonders stark von der weltweiten Finanzkrise getroffen. Der Präsident der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. József Pálinkás, erklärte deshalb im November letzten Jahres auf dem World Science Forum in Budapest: „Unsere Hochschulen und die Grundlagenforschung müssen wieder stärker gefördert werden.“

Über seine neue Wissenschaftspolitik ließ der neue Humanminister Miklós Réthely bislang noch nichts verlauten. Die Universitäten erhoffen sich von ihm eine neue Finanzierung nach europäischem Vorbild. Das bedeutet, öffentliche Forschungsgelder soll allen zugänglich gemacht werden und nicht nur wie bisher der Akademie der Wissenschaften. Bei ihr müssen die Unis für jedes Projekt Geld aus dem Forschungsfonds OTKA beantragen. Und das ist mühsam.

Kompass Ungarn



Grafik: Commons Wikimedia

Die Hochschulen: 25 Universitäten, 18 staatliche und 7 nichtstaatliche. Außerdem gibt es 47 Fachhochschulen, von denen allerdings nur 13 staatlich sind. Die Loránd-Eötvös-Universität Budapest (ELTE) ist die älteste Universität im Land. Über 31 000 Studenten, und damit die Hälfte aller ungarischen Studenten werden dort von 1100 Professoren und Dozenten unterrichtet. International renommiert auch: die Semmelweis-Universität für Medizin und die István Széchenyi Universität im westungarischen Győr.

Geld:

Die staatlichen Ausgaben für Forschung und Bildung sanken in den letzten zwei Jahren von 0,8 auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die fünf größten Universitäten des Landes gelten seit zwei Jahren als „Exzellenz-Universitäten“. Ungarische Dozenten verdienen ein Nettoeinkommen von 640 Euro, Professoren 934 Euro.



Die neue Staatssekretärin für Bildung und Hochschule, die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Rózsa Hoffmann, kennt diese Probleme und kündigte bereits an: „Wir werden im Hochschulwesen und an den Schulen die tendenzielle Verschlechterung der Qualität stoppen.“ Drei Reformziele hat sie im Blick: eine stufenweise Erhöhung der Lehrergehälter, die Beschränkung der Studentenzahlen und schließlich eine Überarbeitung der Studienreform à la Bologna.

Dass die ungarischen Lehrer mehr Geld bekommen, ist wichtig, denn sie verdienen nur knappe 350 Euro netto im Monat. Kaum jemand will diesen Beruf noch ergreifen. Das Geld hierfür will Hoffmann von



Koloman Brenner ist Prodekan der Philosophischen Fakultät an der Loránd-Eötvös-Universität Budapest.

agenda

forschung

hochschule

kontakte

ticker

brennpunkt

Lehre und Gehälter

"Die Unis brauchen einen eigenen Forschungsfonds"

Dr. Koloman Brenner sieht nur noch eine Chance, die ungarischen Hochschulen auf europäisches Niveau zu heben.

duz Herr Brenner, was wünschen Sie sich von der neuen Regierung?

Brenner Ich fände es besonders für meine Universität wichtig, dass die neue Regierung die Exzellenz-Initiative fortsetzt, die von der alten Regierung gestartet wurde. Dabei wurden die fünf größten Universitäten des Landes als Exzellenz-Universitäten definiert und sie erhalten Subventionen aus EU-Mitteln. Diese Initiative ist die letzte Chance, das ungarische Hochschulwesen an europäisches Niveau heranzuführen.

duz Wie wichtig sind Gehaltserhöhungen für Hochschullehrer?

Brenner Sehr wichtig, wenigstens an den Exzellenz-Universitäten, an denen viel geforscht wird. Deshalb sollte man diesen Unis eigene Forschungsfonds geben, damit sie das Geld nicht wie bisher über die Akademie der Wissenschaften beantragen müssen. Dann könnten die Universitäten zumindest besonders aktive Wissenschaftler und Hochschullehrer besser bezahlen.

duz Die neue Regierung ist mit dem Bologna-Prozess an den Hochschulen nicht zufrieden. Was sind die Probleme?

Brenner Der Bologna-Prozess wurde erst 2006 eingeführt. Wir hatten kaum Zeit, die Akkreditierungen anständig vorzubereiten. Viele Studierende sind in ein System hinein geschlittert, von dem sie nicht wussten, wie es drei Jahren später aussehen würde.

duz Deshalb sollen jetzt auch einige Studiengänge verändert werden.

Brenner Davor kann ich nur warnen. Wir haben jetzt erst die ersten Bachelor- und Master-Absolventen. Die Wirtschaft kann mit ihnen noch nicht viel anfangen. Daher sollte man erst einmal konsolidieren, bevor man wieder etwas verändert.

Die Fragen stellte
Anat-Katharina Kálmán.

den vielen privaten Universitäten holen, die in den letzten Jahren aufgrund ihrer guten Beziehung zur alten Regierung staatlich subventioniert wurden. Auch einige naturwissenschaftliche Fakultäten, die über einen Überschuss an staatlich finanzierten Studienplätzen verfügen, sollen abgeben. Sollten die Lehrer tatsächlich mehr Gehalt bekommen, werden sich allerdings die Hochschuldozenten rasch melden, erwartet Hoffmann. Vielleicht steigen dann auch ihre Gehälter.

Die Zahl der Studenten zu reduzieren, ist in Ungarn so wichtig, weil die Qualität der Ausbildung dramatisch sinkt. Die Hochschullehrerschaft beschwert sich bereits seit langem über die vielen mittelmäßigen bis schlechten Studenten, erklärt der Chef der ungarischen Rektorenkonferenz, Professor Dr. Zoltán Dubécz: „Wir fordern darum mehr Klasse als Masse“. Anfang der Neunziger Jahre studierten etwa acht Prozent aller Ungarn zwischen 18 und 23 Jahren, heute sind es fünfzig Prozent. Jeder vierte davon bricht sein Studium ab. Einige ungarische Universitäten, wie etwa die Elte, haben Aufnahmeverfahren verschärft.

„Aber auch mit dem Bologna-System klappt es nicht wirklich“, sagt Dubécz, „der Fehler war, dass man in die drei Jahre bis zum Bachelor alles hineinstecken wollte, eine Fachausbildung auf Hochschulniveau und eine praktische Ausbildung für die Wirtschaft. In einigen Fachrichtungen geht beides eben nicht.“ In Ungarn zog erst vor vier Jahren der

Bologna-Prozess in die Hochschulen ein. Nun muss bereits am Bologna-Prozess etwas geändert werden. Wie das funktionieren soll, werde sich im Laufe des nächsten Jahres zeigen, sagt Staatssekretärin Rózsa Hoffmann. Sie will jetzt von den Wirtschafts- und Hochschulverbänden hören, welche Erfahrungen sie mit den neuen Studiengängen gemacht haben. Erst danach wird entschieden, in welchen Fachbereichen die Reform weiterhin sinnvoll ist.

Anat-Katharina Kálmán ist **duz**-Korrespondentin in Budapest.

Minister im Profil

Miklós Réthely

Seit Mitte Mai ungarischer Minister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, die im sogenannten Humanministerium zusammengefasst wurden.



Foto: privat

Werdegang

Miklós Réthely, geb. 1939, war Professor der Budapester Universität Semmelweis und bis 2004 dort Direktor des Instituts für Anatomie, Histologie und Embryologie. Er erhielt zahlreiche internationale Auszeichnungen. Von 1991 bis 1995 war er Rektor der Semmelweis Universität. Von 1998 bis 1999 war er zudem Hauptabteilungsleiter für Wissenschaftsfragen im ungarischen Bildungsministerium. Seit 2009 ist er emeritiert.

duz

UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG

Am 25. Juni
kommt das neue:

MAGAZIN

Nachrichten für Forscher und Wissenschaftsmanager

Themen unter anderem:

- In der Zwickmühle: Warum Männer auch an Hochschulen zwischen alten und neuen Rollenbildern feststecken.
- In der Wettbewerbsschleife: Wie der neue Chef der Leibniz-Gemeinschaft für mehr Profil sorgen will.

Deutsche Universitätszeitung

Wissenschaft weiterdenken



Fünf Zugänge in einem Abonnement

duz MAGAZIN, AKADEMIE, EUROPA, SPECIALS und duz ONLINE – zuverlässiger Partner für unabhängige Fachinformation

Fundierte Hintergrundinfos

zu Trends und Strömungen aus Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement

Kompakte Nachrichten

aus dem nationalen und internationalen Hochschul- und Wissenschaftsgeschehen

Verlässliche Empfehlungen

zu Namen und Netzwerken als potenzielle Unterstützer und beispielhafte Vordenker

Aktuelle Stellenausschreibungen

bis zum Ende der Bewerbungsfrist

Ja, ich bestelle:

() ein duz-Abonnement ab _____ zum halbjährlichen Bezugspreis von 68,00 Euro (inklusive 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)

() ein duz-Abonnement ab _____ zum jährlichen Bezugspreis von 129,00 Euro (inkl. 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)

() ein Abonnement duz EUROPA ab _____ zum jährlichen Bezugspreis von 68,00 Euro (inklusive 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)

Das Abonnement kann mit einer 6-wöchigen Frist jeweils zum Bezugs- halbjahresende bzw. Bezugsjahresende gekündigt werden.

Bitte senden Sie dieses Formular ausgefüllt per Brief oder Fax an:
RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation, Kaiser-Friedrich-Str. 90,
10585 Berlin, Fax 030 212987-30

Weitere Informationen und Online-Bestellmöglichkeit unter: www.duz.de

Name, Vorname

Institution / Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Fon / Fax

E-mail

Datum / Unterschrift

Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, dass ich davon Kenntnis genommen habe, diese Bestellung schriftlich innerhalb einer Woche durch Mitteilung an den RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation widerrufen zu können. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift